



-Stadt Bad Vilbel-

**Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr
vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2013**

Vorbemerkungen

Gemäß § 51 GemHVO Hessen ist im Rahmen des Jahresabschlusses ein Rechenschaftsbericht anzufertigen, der den Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage der Stadt Bad Vilbel unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben so darstellt, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Dieses ist mit Hilfe von Plan-Ist-Abweichungsanalysen, sowie durch eine Bewertung der Abschlussrechnungen zu erläutern. Weiterhin sollen Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Haushaltsjahres und die zukünftige Entwicklung der Lage unter der Einschätzung von Chancen und Risiken beschrieben werden.

1. Verlauf der Haushaltswirtschaft

Die Stadt Bad Vilbel hat das Geschäftsjahr auf Basis der doppelten Buchführung mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von **-2.207.802,56 EUR** abgeschlossen, davon das ordentliche Ergebnis mit einem Fehlbetrag von **-6.280.622,66 EUR** und das außerordentliche Ergebnis mit einem Überschuss von **4.072.820,10 EUR**.

Bezeichnung (*)	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Plan-Ist Vergleich
Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.003.600,00	4.110.806,14	-107.206,14
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	12.599.100,00	12.102.220,96	496.879,04
Kostenersatzleistungen und -erstattungen	516.260,00	694.239,83	-177.979,83
Aktivierete Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
Steuern und steuerähnliche Erträge	40.193.000,00	41.271.806,24	-1.078.806,24
Erträge aus Transferleistungen	1.650.000,00	1.645.943,61	4.056,39
Zuweisungen, Zuschüsse und allgemeine Umlagen	2.380.390,00	2.536.957,28	-156.567,28
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	2.374.037,00	2.675.490,58	-301.453,58
Sonstige ordentliche Erträge	3.000.150,00	5.429.116,75	-2.428.966,75
Summe der ordentlichen Erträge	66.716.537,00	70.466.581,39	-3.750.044,39

(*) Bezeichnungen teilweise verkürzt

Die ordentlichen Erträge sind im Geschäftsjahr 2013 positiv zu beurteilen, da die Planansätze mit 3.750.044,39 EUR (5,6 %) überschritten wurden. Der Großteil der Erträge resultiert aus Steuern und steuerähnlichen Erträgen einschließlich der gesetzlichen Umlagen sowie aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (53.374.027,20 EUR). In diesem Bereich wurden unter anderem wesentliche Mehreinnahmen im Verhältnis zum Haushaltsplan realisiert.

Die wesentlichen positiven Plan-Ist Abweichungen betreffen die sonstigen ordentlichen Erträge (+2.428.966,75 EUR), die Steuern und steuerähnliche Erträge (+1.078.806,24 EUR), die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (+301.453,58 EUR) sowie die Kostenersatzleistungen und -erstattungen (+177.979,83 EUR). Negative Abweichungen fanden im Wesentlichen in dem Bereich der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (-496.879,04 EUR) statt. Der Mehrertrag bei den sonstigen ordentlichen Erträgen i. H. v. 2.428.966,75 EUR resultiert vorwiegend aus den Konzessionsabgaben für Gas, Wasser und Strom in Höhe von knapp 1,7 Mio. EUR. Darüber hinaus gibt es Mehreinnahmen aus der Herabsetzung und Auflösung von Rückstellungen sowie in den Bereichen Straßenunterhaltung und Finanzmanagement.

Bei den Steuern und steuerähnlichen Erträgen handelt es sich um Mehreinnahmen bei den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und der Umsatzsteuer in Höhe von 1.547.250,44 EUR. Die Gewerbesteuer liegt mit 442.000,00 EUR unter dem Planansatz genauso wie die Grundsteuern A und B mit 27.000,00 EUR.

Bei den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten wurden verbucht:

- Öffentlicher Bereich 696.489,80 EUR (Plan: 593.596,00 EUR)
- Sonderkonjunkturprogramm 82.880,71 EUR (Plan: 113.235,00 EUR)
- nicht öffentlicher Bereich 54.298,17 EUR (Plan: 47.854,00 EUR)
- Investitionsbeiträge 1.841.821,90 EUR (Plan: 1.619.352,00 EUR)

Die Differenz resultiert aus eventuell nachträglich aktivierten Investitionszuschüssen und -beiträgen, die folglich zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung in der Plan-AfA nicht berücksichtigt wurden.

Bei den Kostenersatzleistungen und -erstattungen wurden Mehreinnahmen in Höhe von 177.979,83 EUR erzielt. Dies wird im Wesentlichen durch höhere Einnahmen aufgrund des Ausgleichs für Betreuungsleistungen nach dem HKJGB begründet.

Die Mindereinnahmen im Bereich der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte resultieren im Wesentlichen aus den öffentlich-rechtlichen Benutzungsgebühren (-424.535,35 EUR), den öffentlich-rechtlichen Verwaltungsgebühren (-59.402,31 EUR) sowie den Erträgen aus Bußgeldern und Verwarnungen (-12.941,38 EUR).

Bezeichnung (*)	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Plan-Ist Vergleich
Personalaufwendungen	17.145.330,00	16.607.129,10	538.200,90
Versorgungsaufwendungen	1.951.160,00	2.570.520,01	-619.360,01
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	18.049.000,00	17.136.815,70	912.184,30
Abschreibungen	6.699.420,00	7.409.007,68	-709.587,68
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	5.212.950,00	4.887.661,29	325.288,71
Steueraufwendungen einschließlich Umlagen	26.734.610,00	26.343.707,19	390.902,81
Transferaufwendungen	12.000,00	2.166,10	9.833,90
Sonstige ordentliche Aufwendungen	97.170,00	96.460,57	709,43
Summe der ordentlichen Aufwendungen	75.901.640,00	75.053.467,64	848.172,36

(*) Bezeichnungen teilweise verkürzt

Die Summe der ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 75.053.467,64 EUR ist auf den ersten Blick zunächst positiv zu bewerten, da der fortgeschriebene Planansatz unterschritten wurde (1,1%). Es lohnt eine differenzierte Betrachtung. Die Aufwendungen werden maßgeblich von Personalaufwendungen, Sach- und Dienstleistungen sowie von Steueraufwendungen dominiert. Die Übersicht zeigt, dass die wesentlichen Einsparungen im Bereich der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (-912.184,30 EUR), den Personalaufwendungen (-538.200,90 EUR) sowie den Steueraufwendungen einschließlich Umlagen (-390.902,81 EUR) erzielt werden konnten. Im Gegenzug wurden Mehrausgaben bei den Abschreibungen (+709.587,68 EUR) sowie bei den Versorgungsaufwendungen (+619.360,01 EUR) generiert.

Die Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen resultieren wie im Vorjahr im Wesentlichen aus Einsparungen im Bereich der Instandhaltungen inklusive der Materialkosten (987.832,15 EUR). Darüber hinaus halten die Einsparungen in den Bereichen Bücher und Medien, den Entsorgungskosten sowie den Kosten für Beratungsleistungen die Mehrausgaben für Honorare, Stromkosten und übrige sonstige betriebliche Aufwendungen im Rahmen.

Die wesentlichen Einsparungen im Bereich der Personalaufwendungen können auch weiterhin auf die halbjährige Wiederbesetzungssperre bzw. Nichtbesetzung freigewordener Planstellen zurückgeführt werden.

Die Minderausgaben bei den Steueraufwendungen einschließlich Umlagen gegenüber dem Ansatz begründen sich mit Einsparungen bei der Abwasserabgabe (140.000,00 EUR) sowie der Gewerbesteuerumlage in Höhe von 248.957,46 EUR.

Die erhöhten Abschreibungen wurden aufgrund neu aktivierter Vermögensgegenstände realisiert. Im Wesentlichen sind Mehrausgaben bei den Abschreibungen auf Gebäude und Gebäudeeinrichtungen, Sachanlagen im Gemeingebrauch und bei den Abschreibungen auf geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) zu nennen. Weitere wesentliche Mehrausgaben sind Abschreibungen auf die Betriebsausstattung.

Die Versorgungsaufwendungen überschreiten den Ansatz um 619.360,01 EUR. Dies resultiert aus den Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von 677.791,00 EUR. Dem stehen Einsparungen bei den Aufwendungen an die Versorgungskasse in Höhe von 51.187,99 EUR sowie Beihilfezahlungen an Versorgungsempfänger (7.243,00 EUR) gegenüber.

Das Verwaltungsergebnis wurde somit mit einem Fehlbetrag von **-4.586.886,25 EUR** abgeschlossen (Plan 2013: Fehlbetrag -9.185.103,00 EUR). Festzustellen ist, dass im Plan-Ist Vergleich ein deutlich besseres Ergebnis (+50,1 %) erzielt wurde.

Bezeichnung (*)	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Plan-Ist Vergleich
Finanzerträge	972.400,00	961.270,50	11.129,50
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.595.361,00	2.655.006,91	-59.645,91
Finanzergebnis	-1.622.961,00	-1.693.736,41	70.775,41

(*) Bezeichnungen teilweise verkürzt

Der Fehlbetrag im Finanzergebnis ist höher ausgefallen wie geplant. Somit beträgt das ordentliche Ergebnis, resultierend aus dem Verwaltungsergebnis und dem Finanzergebnis, insgesamt **-6.280.622,66 EUR**.

Dennoch ist positiv hervorzuheben, dass das ordentliche Ergebnis um 4.527.441,34 EUR gegenüber den Planungen (Fehlbetrag: -10.808.064,00 EUR) verbessert wurde.

Bezeichnung (*)	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Plan-Ist Vergleich
Außerordentliche Erträge	0,00	4.324.547,92	-4.324.547,92
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	251.727,82	-251.727,82
Außerordentliches Ergebnis	0,00	4.072.820,10	-4.072.820,10

(*) Bezeichnungen teilweise verkürzt

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen betreffen Vorgänge, die nicht aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit resultieren. Grundsätzlich handelt es sich dabei um außergewöhnliche, selten vorkommende und periodenfremde Geschäftsvorfälle. Somit lässt sich schlussfolgern, dass aufgrund ihres besonderen Charakters keine außerordentlichen Vorgänge geplant werden, da sie in der Regel unvorhersehbar sind.

Die außerordentlichen Erträge beinhalten vorwiegend den Ertrag aus der Veräußerung von Grundstücken in den Baugebieten Dortelweil-West (10.052,50 EUR) und Quellenpark (1.960.962,53 EUR) sowie den sonstigen Grundstücksverkäufen (1.098.108,31 EUR). Darüber hinaus enthalten sie auch die Erträge aus der Zuschreibung zu Anteilen an verbundene Unternehmen in Höhe von 1.022.601,89 EUR. Ferner sind ebenfalls die Erträge aus der Veräußerung vom beweglichen Sachanlagevermögen (78.175,86 EUR) enthalten. Die periodenfremden Erträge vervollständigen diese Position.

Die außerordentlichen Aufwendungen beinhalten die periodenfremden Aufwendungen in Höhe von 121.738,38 EUR und die sonstigen außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 36.300,00 EUR. Außerdem beinhalten sie die Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen in Höhe von 93.689,44 EUR.

2. Entwicklung der Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Stadt Bad Vilbel stieg im Berichtsjahr deutlich von 308.425.716,91 EUR auf 320.158.427,81 EUR an. Die Erhöhung betrifft im Wesentlichen das Anlagevermögen sowie die flüssigen Mittel.

Das Umlaufvermögen ist im Geschäftsjahr von 10.412.839,67 EUR auf 15.242.205,65 EUR gestiegen. Der Zugang betrifft primär die flüssigen Mittel, die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sowie die sonstigen Vermögensgegenstände. Das Umlaufvermögen wird vorwiegend von Forderungen aus Zuweisungen und Zuschüssen, Forderungen aus Steuern und ähnlichen Abgaben und flüssigen Mitteln geprägt.

Die Kapitalherkunft (Passiva) des Vermögens hat sich im Berichtsjahr erhöht, da die Kreditaufnahmen von 66.801.553,75 EUR auf 73.974.227,47 EUR gestiegen sind. Das Eigenkapital I. Grades ist wegen dem Jahresfehlbetrag zum Bilanzstichtag auf 151.304.063,24 EUR (Vorjahr: 153.511.865,80 EUR) gesunken.

Das Eigenkapital II. Grades beträgt 191.391.932,43 EUR (Vorjahr: 192.773.557,04 EUR).

3. Finanzwirtschaftliche Lage der Stadt unter dem Gesichtspunkt der stetigen Aufgabenerfüllung

Die Finanzrechnung hat die Aufgabe, die tatsächliche Finanzlage der Stadt darzustellen und ist vergleichbar mit der privatwirtschaftlichen Kapitalflussrechnung. Dabei soll zum Ausdruck kommen, ob die Stadt über eine die stetige Aufgabenerfüllung gewährleistende finanzwirtschaftliche Grundlage verfügt.

Bezeichnung (*)	Ergebnis des Haushaltsjahres
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	66.327.913,80
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	67.663.350,41
Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.335.436,61

(*) Bezeichnungen teilweise verkürzt

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit betreffen im Wesentlichen die Benutzungsgebühren in Höhe von 11.335.959,65 EUR, den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer in Höhe von 19.698.942,23 EUR, die

Gewerbsteuer in Höhe von 13.970.524,69 EUR, die Grundsteuer B in Höhe von 5.521.689,90 EUR sowie den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer in Höhe von 1.267.419,91 EUR.

Diese ergeben in Summe 78,1 % der gesamten Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit beruhen insbesondere auf Personalauszahlungen in Höhe von 15.228.086,53 EUR, Umlagen und Beiträge an die Versorgungskasse in Höhe von 1.798.410,66 EUR sowie Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 16.472.854,47 EUR. An Zuweisungen und Zuschüssen wurden insgesamt 4.822.743,00 EUR gezahlt, an gesetzlichen Umlageverpflichtungen 26.593.137,59 EUR. Diese ergeben in Summe 95,9 %.

Der Fehlbetrag im Rahmen des Finanzergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit beträgt -1.335.436,61 EUR. Ziel sollte es sein, Überschüsse zu erzielen, da insbesondere die Tilgung von Kreditverbindlichkeiten anhand von Finanzmittelüberschüssen der laufenden Verwaltungstätigkeit finanziert werden sollten.

4. Verlauf der Investitions- und Finanzierungstätigkeit

a) Verlauf der Investitionstätigkeit

Investitionsgeschäft im Einzelnen:

Bezeichnung (*)	Planansatz einschl. ÜPL/APL und Ermächtigung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Differenz (= Plan – Ist)
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	11.157.800,00	11.264.219,12	-106.419,12
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	29.555.890,00	14.109.626,33	15.446.263,67
Ergebnis aus Investitionstätigkeit	-18.398.090,00	-2.845.407,21	-15.552.682,79

(*) Bezeichnungen teilweise verkürzt

Im Bereich der Investitionen wurden nicht alle geplanten Maßnahmen umgesetzt bzw. abgeschlossen. Die tatsächlichen Investitionsauszahlungen gegenüber Planansatz fielen dadurch um 15.446.263,67 EUR geringer aus. Im Bereich der Einzahlungen wurde ein Anstieg in Höhe von 1,0 % im Plan-Ist Vergleich verzeichnet.

Für die Differenz bei den Auszahlungen verweisen wir auf die separate Anlage der übertragenen Haushaltsmittel (Haushaltsermächtigungen) im Anhang.

b) Verlauf der Finanzierungstätigkeit

Finanzierungstätigkeit im Einzelnen:

Bezeichnung (*)	Planansatz einschl. ÜPL/APL und Ermächtigung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Differenz (= Plan – Ist)
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	14.917.870,00	10.000.000,00	4.917.870,00
Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	2.762.930,00	2.827.013,70	-64.083,70
Ergebnis aus Finanzierungstätigkeit	12.154.940,00	7.172.986,30	4.981.953,70

(*) Bezeichnungen teilweise verkürzt

5. Angaben über den Stand der Aufgabenerfüllung

Zu den Selbstverwaltungsaufgaben gehören sowohl freiwillige Aufgaben (z. B. Sportförderung, Schwimmbäder, Bücherei, Vereinsförderung etc.) als auch Pflichtaufgaben (z. B. Kindertageseinrichtungen, Abwasserentsorgung, Unterhaltung der Straßen, Bestattungswesen).

Die Auftragsaufgaben unterscheiden sich weiterhin in landesrechtliche Auftragsaufgaben (z. B. Landeswahlangelegenheiten, etc.) und Bundesaufgaben (z. B. Feuerwehr, Meldewesen, Personalausweise, Standesamt etc.).

Trotz notwendiger Einsparmaßnahmen konnten insbesondere die gemeindlichen Pflichtaufgaben (§ 2 bis 4 HGO) ohne Einschränkungen, ordnungsgemäß erfüllt werden.

6. Umsetzung von Zielen und Strategien

Für das Haushaltsjahr 2013 wurden von der Stadtverordnetenversammlung keine betriebswirtschaftlichen bzw. keine produktorientierten Ziele vorgegeben.

7. Besondere Vorgänge nach Schluss des Jahres

Im Bereich der Stadt Bad Vilbel sind nach Ablauf des Wirtschaftsjahres 2013 über die oben dargestellten Vorgänge hinaus keine Ereignisse eingetreten, die für das Wirtschaftsjahr 2013 von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Beurteilung der Lage der Stadt führen könnten.

8. Einfluss der gesamtwirtschaftlichen Situation auf den Geschäftsverlauf und die Entwicklung der Stadt

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise in den Vorjahren ist bei den Einnahmen durch Gewerbesteuer immer noch spürbar.

So konnte der aufgrund der Konjunkturdaten des Landes Hessen errechnete Haushaltsansatz für die Gewerbesteuer nicht erreicht werden.

Die finanzielle Situation der kreisangehörigen Kommunen wird zusehends immer schwieriger. Immer mehr Aufgaben werden den Kommunen übertragen, ohne ihnen aber auch im gleichen Maße die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Nicht nur das, mittlerweile hat der Wetteraukreis auch die höchsten zulässigen Umlegungsfaktoren für die Kreis- und Schulumlage festgesetzt.

Der Hessische Städte- und Gemeindebund spricht sogar von einer "strukturellen Unterfinanzierung" der Städte und Gemeinden.

9. Voraussichtliche Entwicklung sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Eine Reform der Kommunal Finanzen ist mit dem neuen KFA ab 2016 erfolgt. Es bleibt abzuwarten, wie sich dies auf die Zukunft auswirkt.

Die Prognosen für die kommenden Jahre sind vorsichtig optimistisch. So wird mit einer weiteren Erholung der Wirtschaft und damit einhergehend mit steigenden Aufträgen und höheren Gewerbesteuereinnahmen gerechnet.

Das andauernde niedrige Zinsniveau erleichtert neue Investitionen in Grundstücke und Immobilien, so wird ein gesteigertes Interesse an den vorhandenen städtischen Baugrundstücken im Quellenpark erwartet.

Bad Vilbel, den 29.08.2016

Magistrat der Stadt Bad Vilbel

- Dr. Thomas Stöhr -
Bürgermeister



(Siegel)